

Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz

1. Personalisierung

Die Fachkraft-Kind-Relation in rheinland-pfälzischen Kitas entspricht nicht den fachlichen Empfehlungen. Im aktuellen Bertelsmann-Ländervergleich liegt RLP in Bezug auf Personalschlüssel auf dem letzten Platz der westdeutschen Bundesländer (Siehe Grafik unten).

Das rheinland-pfälzische Kita-Gesetz unterscheidet Personalquoten für U2 und Ü2. Kinder unter drei Jahren sind Kleinkinder mit entsprechendem Betreuungsaufwand. Fachlich gesehen, macht es daher Sinn, Personalquoten für U3 und Ü3 Kinder festzulegen, was in vielen Bundesländern gängige Praxis ist.

- Welche konkreten Pläne hat Ihre Partei, um die Personalschlüssel zu verbessern und sich damit den fachlichen Empfehlungen anzunähern?

Im Rahmen der neuen Kita-Gesetzgebung haben wir bereits vieles zur Verbesserung der Situation erreicht und beispielweise einheitliche Qualitätsstandards geschaffen. Vielerorts musste entsprechend des neuen einheitlichen Fachkraft-Kind-Schlüssels Personal aufgebaut werden. Doch natürlich wissen auch wir, dass wir noch besser werden können, weshalb auch wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel perspektivisch weiter verbessern wollen. Allerdings muss aus unserer Sicht dieser Schritt mit der Fachkräftegewinnung im Einklang stehen, damit wir in der Logik des Gesetzes und zu Gunsten unserer Kinder nicht noch mehr Kita-Plätze verlieren.

- Wie stehen Sie zu der Regelung, Kleinkinder ab zwei Jahren schlechter zu personalisieren als Kinder unter zwei Jahren? Wird Ihre Partei an dieser Regelung etwas ändern?

Zweijährige sind im Fachkraft-Kind-Schlüssel bereits berücksichtigt und Kindertagesstätten mit anteilig vielen zweijährigen Kindern werden bereits besser personalisiert. Doch natürlich wollen auch wir GRÜNE die beste frühkindliche Bildung für alle Kinder im Land, deshalb werden wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel weiter verbessern, sobald es die Fachkräftesituation zulässt.

2. Fachkräftemangel

In den vergangenen Jahren hat Rheinland-Pfalz die Zahl der Ausbildungsplätze an den Fachschulen für Erzieher/Erzieherinnen erhöht und die praxisintegrierte vergütete Form der Ausbildung gestärkt. Trotzdem fehlen weiterhin viele Fachkräfte. Außerdem werden in den nächsten Jahren viele Fachkräfte der sogenannten Baby-Boomer Generation in Rente gehen. Durch den Mangel an Fachkräften sinken die Öffnungszeiten der

Kindertageseinrichtungen. Dadurch entstehen große Problematiken auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungsverlauf der jungen Menschen.

- Wie wollen Sie in den kommenden Jahren genügend gut qualifizierte Fachkräfte für die Kitas gewinnen und sichern?

Wir GRÜNE wollen die berufsbegleitende, gut vergütete Ausbildung flächendeckend ausbauen, ausländische Abschlüsse besser anerkennen und gezielte Fortbildungen finanzieren, damit mehr qualifiziertes Personal in den Kitas ankommt.

- Wie ist Ihre Einstellung gegenüber dem prozentualen Anteil von Nichtfachkräften in der Kindertagesbetreuung?

Wir können nachvollziehen, dass in Zeiten des Fachkräftemangels kreative Lösungen gefunden werden müssen, um die Fachkräfte vor Ort zu entlasten und nicht mehr Kita-Plätze zu verlieren. Im Grundsatz sehen wir eine Abweichung vom Fachkräftegebot kritisch und legen dementsprechend auch aktuell großen Wert auf die entsprechende Qualifizierung der in den Kitas tätigen Personen.

- Wie ist Ihre Einstellung gegenüber der geplanten Veränderung der Ausbildungsform zum Sozialassistenten und Erzieher?

Die neue Ausbildungsform sozialpädagogischen Assistenz wird zunächst in nur elf Berufsbildenden Schulen ab dem nächsten Schuljahr angeboten. Diese eröffnet neue Wege in Kitas, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und für Menschen mit Behinderungen und hilft möglicherweise tatsächlich, noch mehr Zielgruppen für das Feld der Kindertagesbetreuung zu gewinnen und die Fachkräfte vor Ort zu entlasten. Wir werden die weitere Ausgestaltung dieser neuen Ausbildungsform engmaschig begleiten und dafür Sorge tragen, dass sie die geplante Erleichterung vor Ort auch bringt.

3. Inklusion

Kitas haben den hohen Anspruch zu erfüllen, dass jedes Kind – unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft-, Nationalität, weltanschaulicher und religiöser Zugehörigkeit, Behinderung, sozialer und ökonomischer Situation seiner Familie und seiner individuellen Fähigkeiten – gefördert wird. Das bedeutet demnach, dass jede Kita, was Räumlichkeiten, Ausbildung der Fachkräfte und Ausstattung betrifft, über adäquate Ressourcen verfügen muss, damit allen Kindern Teilhabe ermöglicht wird.

- Wie wird Ihre Partei konkret die Kitas bei der Bewältigung dieser enormen Aufgabe unterstützen und begleiten, bzw. die benötigten personellen und räumlichen Ressourcen in den Einrichtungen zur Verfügung stellen?

Kindertagesstätten sind genauso wie Schulen ein Spiegel unserer Gesellschaft und diese wird seit Jahrzehnten immer heterogener. Dementsprechend sollten unterschiedliche Geschlechter, Religionszugehörigkeiten und auch soziale Herkunft an

sich längst Alltag in unseren Kindertagesstätten sein und unsere pädagogischen Fachkräfte vor Ort vor keine größeren Herausforderungen mehr stellen. Im Bereich der Sprachförderung haben wir bereits vieles angestoßen, um die Situation vor Ort zu entlasten und sowohl die Kinder als auch die Fachkräfte entsprechend zu unterstützen. So zum Beispiel das Landescurriculum “Mit Kindern im Gespräch” oder auch die Sprachbeauftragten die insbesondere Kitas in herausfordernder Lage besonders unterstützen. Auch im Rahmen des Sozialraumbudgets kann zusätzliches Personal aufgebaut werden und so die Kindertagesstätten entlang ihrer individuellen Herausforderungen passgenau unterstützt werden.

Um das Recht von Kindern mit Behinderung auf Inklusion und Teilhabe zu sichern, setzen wir uns außerdem für die Schaffung eines Inklusionsbudgets für Kitas ein, um vor allem Eltern und Kitas an der Stelle von Bürokratie zu entlasten und Kindern schnell die Hilfe zukommen lassen zu können, die sie brauchen.

- In welcher Weise engagieren Sie sich für das Thema inklusive Bildung und Teilhabe auf Bundes- Lande- und kommunaler Ebene?

Inklusion ist ein Menschenrecht zu dessen Umsetzung wir GRÜNE uns konsequent verpflichtet haben. Dementsprechend machen wir uns auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung stark – auch gegen Widerstände. Wir stehen zu einer inklusiven Bildung von Anfang an und wollen hierfür endlich die Rahmenbedingungen schaffen.

- Wie sorgen Sie dafür, dass der Übergang in den Bereich des SGB VIII in den Kommunen und bei den Trägern gut verläuft, bzw. wird es überhaupt ratifiziert?

Wir befürworten die finanziell bedarfsgerecht ausgestattete inklusive Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, damit junge Menschen mit Behinderung nicht länger aus Regelleistungen herausfallen. Alle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sollen im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gebündelt werden.

Mit der Reform des Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetz haben wir die inklusive Kinder- und Jugendhilfe rechtlich gestärkt und den Weg bereitet für die vollumfängliche Umsetzung der anstehenden SGB VIII-Reform. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug, die Reform anzugehen und auch, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Als Land werden wir bedarfsgerecht unterstützen, beispielsweise mit Fortbildungen zu Inklusion, Vielfalt und psychischer Gesundheit für Fachkräfte und weiteren unterstützenden Angeboten, die sicherstellen, dass es beim Übergang der Leistungen für Kinder- und Jugendliche mit Behinderungen ins SGB VIII nicht zu Versorgungslücken kommt.

4. Leitungsdeputate

Das KiTa- Gesetz legt erstmalig ein Mindestniveau für Leitungsdeputate fest, das bei weitem nicht ausreichend ist. Kita-Leitungen haben zu wenig Zeit für die vielfältigen

Aufgaben, die sie leisten müssen. In Schulen unterstützen zusätzliche Verwaltungskräfte die Schulleitungen. In Kitas ist das nicht der Fall.

- Welche Lösungen streben Sie an, um das Niveau der Leitungsdeputate anzuheben? Wie wollen Sie langfristig ein angemessenes Niveau nach fachlichen Empfehlungen sichern?

Wir haben mit dem Kita-Gesetz erstmals Mindest-Leitungsdeputate verankert. Wir sehen dies als ersten Schritt und wollen die Deputate qualitativ und quantitativ weiterentwickeln. Einen weiteren wichtige Baustein zur Entlastung der Kita-Leitungen erkennen wir in der Trägerqualifizierung. Viel zu oft, werden genuine Aufgaben des Trägers auf die Kita-Leitungen abgewälzt. Viel zu oft werden von Seiten des Trägers die Möglichkeiten des Gesetzes nicht voll ausgeschöpft und damit die Fachkräfte vor Ort und vor allem die Leitungen zusätzlich belastet. Um die Strukturen zu professionalisieren, setzen wir an der Stelle auf Trägerzusammenschlüsse.

- Wie steht Ihre Partei dazu, im Kita-Gesetz zusätzliche Deputate für Verwaltungskräfte zu verankern, die nicht gleichzeitig das vorhandene Leitungsdeputat reduzieren?

Um die Leitungsaufgaben zu erfüllen, ist es schon heute möglich, sich Unterstützung durch Verwaltungspersonal zu holen. Bis zu 20 Prozent der Leitungszeit kann durch Verwaltungspersonal erfüllt werden. Das entlastet die Kita-Leitungen. Doch auch hier sind wir für weitere Verbesserungen offen und warten an der Stelle gespannt auf die Evaluation des Gesetzes in der kommenden Wahlperiode.

- Wie werden stellvertretende Leitungen unterstützt sich entsprechend ihrer Aufgaben zu qualifizieren und welche zeitlichen Ressourcen würden Sie stellvertretenden Leitungskräften zur Verfügung stellen?

Auch einer Stärkung der stellvertretenden Leitungen stehen wir GRÜNE offen gegenüber und warten auch hier gespannt auf die Ergebnisse der Evaluation in der kommenden Wahlperiode.

5. Verbindliche Verfügungszeiten für Kita-Fachkräfte

Die Bildungseinrichtung Schule hat für ihre Lehrkräfte konkrete Deputate für mittelbare Arbeitszeiten festgelegt. Für die Bildungseinrichtung Kita gibt es dagegen diesbezüglich keine ausreichend verbindliche Regelung. (siehe TVöD - BT-V - Anlage zu § 56 §3 Beschäftigte im Erziehungsdienst)

- Werden Sie Verfügungszeiten nach fachlichen Empfehlungen zur Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Fachkräfte gesetzlich verankern?
- Werden Sie Verfügungszeiten für sprachliche Bildung und die Anleitung von Quereinsteigenden gesetzlich verankern?

- Wie würden Sie Fortbildungszeiten besser verankern?

Wir GRÜNE betonen, dass gute Betreuung gute Arbeitsbedingungen braucht, wozu auch Zeit für Vorbereitung, Beobachtung, Dokumentation, Elternarbeit und Kooperation gehört. Dementsprechend wollen wir auch hier prüfen, wie wir hier für Verbesserungen sorgen können und verweise an der Stelle abermals auf die Evaluation des Kita-Gesetzes in der kommenden Wahlperiode.

6. Räumliche Situation in den Kitas

Die durchgehende Betreuung aller Kinder bringt neue räumliche Anforderungen mit sich. Die fachlichen Mindestempfehlungen fordern, dass pro Kind mindestens 6qm in den päd. genutzten Innenräumen und 10-15 qm im Außengelände zur Verfügung stehen müssen. Daneben sind Pausenräume und Besprechungsräume für das Personal und die Elternarbeit unverzichtbar. Die räumliche Ausstattung vieler Kitas entspricht nicht den fachlich empfohlenen Mindeststandards. (Siehe: „Qualität für alle: Wissenschaftlich begründete Standards für die Kindertagesbetreuung“)

- Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei Kommunen und Kita-Träger in den kommenden Jahren unterstützen, um Kitas für die ganztägige Betreuung gut auszustatten und entwicklungsförderliche räumliche Bedingungen zu etablieren?
- Wie wird die Fachpraxis als zukünftig Nutzende in die Planung von Kitas mit einbezogen?

Für uns GRÜNE ist klar, Kitas brauchen gute Räume, naturnahe Lernumgebungen, Rückzugsmöglichkeiten und ausreichende Flächen – ähnlich wie wir es für Schulen mit modernen, barrierefreien Gebäuden und entsiegelten, grünen Außenflächen fordern. Mit Programmen wie KIPKI werden Investitionen in Entsiegelung, Klimaresilienz und bessere Bildungsinfrastruktur bereits unterstützt. Ein weiterer Baustein ist die Investitionskostenförderung für den Platzausbau. Hier kann derzeit zweimal pro Jahr eine Landesförderung beantragt werden. Im Rahmen des sogenannten “Rheinland-Pfalz Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur” erhalten die Kommunen außerdem zusätzlich insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro für Investitionen. Verteilt werden diese Mittel als Budgets auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Genutzt werden können die Mittel unter anderem für “Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur”, das bedeutet: auch für den Kita-Bau. Zusätzlich fordern wir GRÜNE ein umfassendes Landesprogramm zur Sanierung von Kitas und Schulen, um auch hier für eine qualitativ hochwertige Bildung zu sorgen.

Aus unserer Sicht tun die Träger von Kitas gut daran – analog zur Schulbaurichtlinie – in einer Phase 0 alle im Kita-Alltag beteiligten in die Planungen miteinzubeziehen, um ein bestmögliches Ergebnis zu erzielen. An der Stelle sollten aus unserer nicht nur die Fachkräfte und Eltern gehört werden, sondern in erster Linie auch die Kinder.

7. Aus- Fort- und Weiterbildungen /Fachberatung /Trägerqualität

Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist seit vielen Jahren unumstritten. Gleichzeitig kommen alle gesellschaftlichen Herausforderungen in den Einrichtungen an. Neben der an wissenschaftlichen Forderungen ausgerichteten Personal-Kind-Relation sind Fachberatung und Fortbildung für die Erfüllung der Aufgaben unverzichtbar. Auch für Träger wird es zunehmend bedeutsam, sich zu professionalisieren.

- Wie würden Sie das Feld der Fachberatung stärken und standardisieren?
- Die Trägerschaft von Tageseinrichtungen für Kinder ist eine komplexe und verantwortungsvolle Aufgabe. Kernpunkt der Trägerverantwortung ist die Sicherstellung des Kindeswohls in der Einrichtung. Aktuell ist für die Übernahme dieser betriebserlaubnisrelevanten Aufgabe keine Qualifizierung notwendig. Wie wollen Sie diese Situation verändern?
- Was sind Ihre Vorstellung zur landesweiten, verbindlichen Sicherstellung pädagogischer Qualität in Rheinland-Pfälzischen Kindertageseinrichtungen? (z.B. interne und externe Evaluationen).
- Wie können aus Ihrer Sicht eine größere Transparenz und eine haushälterische Sicherstellung eine gezieltere Verwendung beim Fortbildungsbudget in den Einrichtungen geschaffen werden?

Die Trägerqualifizierung ist uns GRÜNEN wie oben bereits erwähnt ein wichtiges Anliegen, um die Qualität vor Ort noch weiter zu verbessern und die Fachkräfte entsprechend zu entlasten. Wir wollen, dass Träger unmittelbar Unterstützung und Beratung erhalten und im Zweifel auch pro aktiv, beispielsweise vom LSJV zur Besserung angemahnt werden. Auch die Fachberatung wollen wir ausbauen und auf diese Weise die Qualität vor Ort sichern und bei Problemen gezielt unterstützen.

8. Sozialraumbudget

Ein Teil des Sozialraumbudgets wird für BE-relevantes Personal verwendet. Dadurch stehen der Kita-Sozialarbeit weniger Mittel zur Verfügung. Betriebserlaubnisrelevantes Personal sollte nicht zu Lasten des Sozialraumbudgets verwendet werden.

- Wie positioniert sich Ihre Partei zu dieser Problematik?
- Wie finden unterschiedliche Voraussetzungen der Kitas Beachtung bei der BE-Planung? (z.B. Bustransport)

Das Sozialraumbudget dient dazu, zusätzliche Belastungen und Bedarfe in den Quartieren gezielt aufzufangen, u. a. durch Sprachförderung, Sozialarbeit und Familienunterstützung. BE-relevantes Personal sollte dementsprechend tatsächlich nicht Teil des Sozialraumbudgets sein. Wir werden uns nachhaltig dafür einsetzen, dass

dieser Umstand geändert wird und BE-relevantes Personal in der regulären Personalkostenförderung integriert ist.